

Demonstration Streik Aktionstag

Rettet die hessischen Hochschulen
vor dieser Bildungspolitik!

Wir protestieren gegen:

Unerträgliche Stellenstreichungen und Mittelkürzungen!

Schleichende Abschaffung des Bafög's!

Drohende Entdemokratisierung der Hochschulen!

Verlust unserer Mitbestimmungsrechte!

Verschärften Leistungsdruck!

Das Ende des hessischen Bildungsmodells!

8.00 Uhr: Streik und Aktionen an TH und FH

10.00 Uhr: Beginn der Demonstration an der TH und FH

11.00 Uhr: Kundgebung auf dem Luisenplatz

16.00 Uhr: Streikfest an der FH

Den ganzen Tag über Aktionen und Arbeitsgruppen von Studierenden und ProfessorInnen

Zu Demonstration und Streik rufen auf: AStA der FH-Darmstadt, AStA der TH-Darmstadt

Infotelefon: 06151/16-2117

V.i.S.d.P.: AStA der TH Darmstadt, Hochschulreferat

Wir protestieren gegen:

Unerträgliche Stellenstreichungen ...

In den Koalitionsvereinbarungen der rot-grünen Landesregierung ist festgelegt, daß in jedem Ressort insgesamt 2,2% der Stellen in den kommenden fünf Jahren gestrichen werden sollen. An der THD sowie an den Unis Frankfurt, Gießen und Marburg – die Fachhochschulen und die GH Kassel sind ausgenommen – müssen 450 Stellen gestrichen werden. Auf die TH entfallen voraussichtlich zwischen 60 und 75 Stellen, demnach etwa 12-15 Stellen pro Jahr. Dies entspricht der Größe eines gesamten Instituts.

Der Konvent der THD unterstützt die Stellungnahme der Konferenz hessischer Universitätspräsidenten vom 29.3.1995. Daraus:

"In dieser Größenordnung werden Stellenabzüge überhaupt nur umzusetzen sein, wenn Abstriche beim Leistungsangebot erfolgen. Ganze Teilbereiche müssen radikal zurückgefahren oder ganz aufgegeben werden. (...) Derartige personelle Eingriffe werden zu gravierenden Einschnitten in die Fächerstruktur der jeweiligen Universität führen. Die für die gesellschaftliche Fortentwicklung unabdingbare Breite in Forschung und Lehre ist damit empfindlich tangiert (...) Im Ergebnis kommen die Vereinbarungen einem 'Antimodernisierungsprogramm' gleich. Für die Studierenden ist eine deutliche Qualitätsminderung der akademischen Ausbildung unausweichlich. Ihnen können in den von Stellenabzug betroffenen Bereichen künftig kaum mehr als Minimalprogramme geboten werden."

Durch das schlechter werdende quantitative Betreuungsverhältnis werden die Gruppengrößen in vielen Lehrveranstaltungen erhöht, und betreuungsintensive Veranstaltungstypen werden durch weniger aufwendige ersetzt. Die Gefahr ist, daß die Fachbereiche bei der Reduzierung des Lehrangebots den Weg des geringsten Widerstands gehen werden, indem sie Wahl- und Wahlpflichtveranstaltungen streichen. Es kann auch zu Reduzierungen des Bibliothekspersonals und der Angebote zur Studienberatung kommen. Auf jeden Fall wird es weniger Promotionsmöglichkeiten geben.

... und Mittelkürzungen

Am 21.3. hat das Finanzministerium eine 20%ige Haushaltssperre erlassen. Das heißt, daß für alle Ausgaben des Landes, die nicht durch langfristige Verträge gebunden oder "bei Anlegung eines strengen Maßstabes im Einzelfall für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung unabweisbar sind", nur 80% ausgegeben werden dürfen.¹

Es ist noch nicht klar, welche Teilbereiche diese Kürzungen genau betreffen, sicher sind jedoch Einschränkungen bei Bibliotheken, Labormaterialien, Computerausstattung und anderen Sachmitteln.

In jedem Fall werden sich die Voraussetzungen für Selbststudium und praktische Bestandteile des Studiums verschlechtern.

Die HiWi-Mittel sind zunächst zwar ausgenommen, aber durch den Globalhaushalt haben die Fachbereiche die Möglichkeit, bei den HiWis zu sparen, um an anderer Stelle Finanzlöcher zu stopfen.

¹ siehe Hochdruck vom 12.5.95

Demonstration

Streik

Aktionstag

Schleichende Abschaffung des Bafög's

Und wieder einmal soll das Bafög ab Oktober um unermeßliche vier Prozent steigen, sofern der SPD-dominierte Bundesrat seine Forderung nach mindestens sechs Prozent nicht durchsetzen kann. Daß sich die Studierenden über diesen Anstieg, der letztes Jahr im Entwurf der 17. Bafög-Novelle noch nicht beinhaltet war, nicht durchweg freuen, hat schon seine Gründe:

Dies ist die erste Erhöhung seit drei Jahren, in denen die Preise um 11% gestiegen sind. Eine Folge der Inflation, die mit einem Anstieg der Gehälter verbunden ist, ist ein Verlust der Förderung für viele Studierenden und die Verringerung der Förderungssummen, da den steigende Elterneinkommen keine ebenfalls steigenden Freibeträge gegenüberstehen.

Dies läßt sich an den ersten Zahlen aus der 14. Sozialerhebung sehr gut sehen. Hiernach ist die Zahl der Geförderten seit 1991 in den alten Bundesländern von **28,3% auf 24,2%** und in den neuen Ländern sogar von **88,2% auf 54,8% gesunken**. In der Einkommensbilanz der StudentInnen ist der Anteil des Bafög in den alten Ländern von 17% auf 13%, in den neuen Ländern von 60% auf 28% gesunken.

Das Ergebnis dieser Entwicklung sind einmal sinnlos längere Studienzeiten, da Nebenjobs einen immer größeren Rahmen annehmen müssen, um den finanziellen Bedarf noch zu decken, andererseits eine Veränderung der sozialen Herkunft der StudentInnen, da es sich Arbeiterfamilien kaum noch leisten können ihre Kinder in dem Umfang zu unterstützen, wie es das Studium nötig macht.

Der Ruf nach einer automatischen Anpassung der Bedarfssätze im Rahmen der jährlichen Inflation stößt jedoch bei der Regierungskoalition auf taube Ohren. Eine sinnvolle Begründung für die ablehnende Haltung zu dieser Regelung gibt es nicht. Obwohl sie erstens den Studierenden eine faire Anpassung garantieren (für Studis gibt's leider noch keine Gewerkschaften) und zweitens unsere hochgeschätzten Parlamentarier vor zeitraubenden Debatten verschonen würde.

Vor diesem Hintergrund ist das Verhalten der Regierungsparteien ein Schlag gegen deren eigenes „Bemühen“, die Studiendauer zu verkürzen. Es ist wohl keine gewagte Prognose, daß dieselben Politiker und Politikerinnen die Studierenden selbst zu Schuldigen einer angeblich zu langen Studiendauer deklarieren und nach harten Maßnahmen rufen werden.

Betrachtet man sich noch die Art, mit der die Erhöhung des Bafög um fast ein volles Jahr verzögert wurde, und die unsinnige Koppelung der Bafög-Erhöhung an den zusätzlichen Leistungsnachweis nach dem 2. Semester, so fühlt man sich in dem Gedanken, es läge der Bundespolitik nichts an studentischen Interessen, nur bestätigt.

Man muß sich fragen, weshalb nicht eine Bafög-Erhöhung mit der Zustimmung aller Parteien genehmigt und danach über den strittigen Leistungsnachweis debattiert wird, der, da er alle Studierenden betreffen soll, sowieso nichts in einem Sozialgesetz zu suchen hat.

Doch der Sinn dieser Politik ist einfach zu durchschauen, es geht nicht um vernünftige Bildungspolitik, sondern rein ums Abkassieren und Elitebildung.

Stimmen aus der FDP, es dürfe der SPD nicht schwerfallen, auf die vier-prozentige Erhöhung einzugehen, da es „um maximal 20 Mark mehr oder weniger pro Student“ gehe, zeigen nur, wie überflüssig die FDP in der Parteienlandschaft geworden ist.

Es gilt also eine Erhöhung um mindestens sechs Prozent zu fordern, die die Verschlechterungen der letzten Jahre zwar nicht behebt, aber zumindest abmildert. Langfristig ist eine jährliche Anpassung der Bedarfsätze und der Freibeträge in Höhe der durchschnittlichen Inflationsrate anzustreben. Die StudentInnen sollten es sich nicht gefallen lassen, ab und an einmal mit einer dürftigen Erhöhung abgespeist zu werden.

**Zeigt, daß Ihr eine Meinung habt!
Macht mit am Aktionstag!**

Zu Demonstration und Aktionstag rufen auf: AStA der THD und der FHD

Infotelefon: 16-2117

V.i.S.d.P. : AStA der TH Darmstadt, Hochschulreferat

Demonstration Streik Aktionstag



Standort-Pfleger am Werk

ISW-grafik bb

Rettet die hessischen Hochschulen vor dieser Bildungspolitik!

13. Juni

Zu Demonstration und Streik rufen auf: AStA der FH-Darmstadt, AStA der TH-Darmstadt Infotelefon: 06151/16-2117
V.i.S.d.P.: AStA der TH Darmstadt, Hochschulreferat

Demonstration Streik Aktionstag

Was läuft am 13. Juni?

ab 8 Uhr Audimax-Gebäude

Transparente malen (Material ist vorhanden!)

Info-Stand des AStA mit lustigen Spielen zur Hochschulpolitik

Uni schmücken

Zug durch die Hochschule, Ausweitung der Aktionen

10 Uhr Karolinenplatz

Sammeln zur Demonstration

11 Uhr Luisenplatz

Kundgebung mit Redebeiträgen

12.30h Mensen

Essen gegen 'Studienreform' und Haushaltskürzungen

bis 16h Café, Entspannung

ab 16h am Glaskasten der FH

Streikfete mit lokalen Bands und Disko

Zu Demonstration und Streik rufen auf: AStA der FH-Darmstadt, AStA der TH-Darmstadt

Infotelefon: 06151/16-2117

V.i.S.d.P.: AStA der TH Darmstadt, Hochschulreferat

Ergänzungsinformation zum 13.6.

Vollversammlung des FB Architektur um 9.30h

Zusammen mit Professoren und Dekan EISELE veranstalten die Architekten und Architektinnen eine Vollversammlung im Architekturgebäude, El-Lissitzky-Straße 1 (Lichtwiese), Hörsaal 60/93.

Sie werden gegen 11h auf dem Luisenplatz sein.

Da die Unterschriftenaktion dort am FB sehr erfolgreich verlief (1002 von 1800 Stud., alle Profs und WiMis) erwarten wir **mehrere hundert Demonstrationsteilnehmer/innen.**

**13 Demonstration
Streik
Aktionstag
Rettet die hessischen Hochschulen
vor dieser Bildungspolitik**

Zu Demonstration und Aktionstag rufen auf: Der ASiA THD, der ASiA der FHD

Infotelefon: 16-2117

V.i.S.d.P. : ASiA der TH Darmstadt, Hochschulreferat

Sondermeldung Sondern

Die Wissenschaftsministerin Fr. Hohmann-Dennhardt hat auf der Konferenz der hessischen Universitätspräsidenten (KHU) am 2. Juni klargestellt, daß an den hessischen Hochschulen in Zukunft nicht nur 90 Stellen pro Jahr gestrichen werden, sondern, entgegen den Vorankündigungen, zusätzlich ein vielfaches an Stellen auf Zeit gesperrt wird.

Für die TH Darmstadt bedeutet das für dieses Jahr das Entfallen von ca. 15 Stellen durch Streichungen und ca. 53 Stellen durch Sperrung. Insgesamt entfallen also ca. 68 Stellen.

Unter dieser Prämisse ist die Funktionsfähigkeit der Hochschulen nicht mehr gewährleistet. Die fehlenden Stellen entsprechen dem Wegfall eines kleinen Fachbereiches oder mehrerer Institute.

Studierende, Lehrende und Verwaltung haben entschiedenen Widerstand gegen diesen Willkürakt angekündigt.

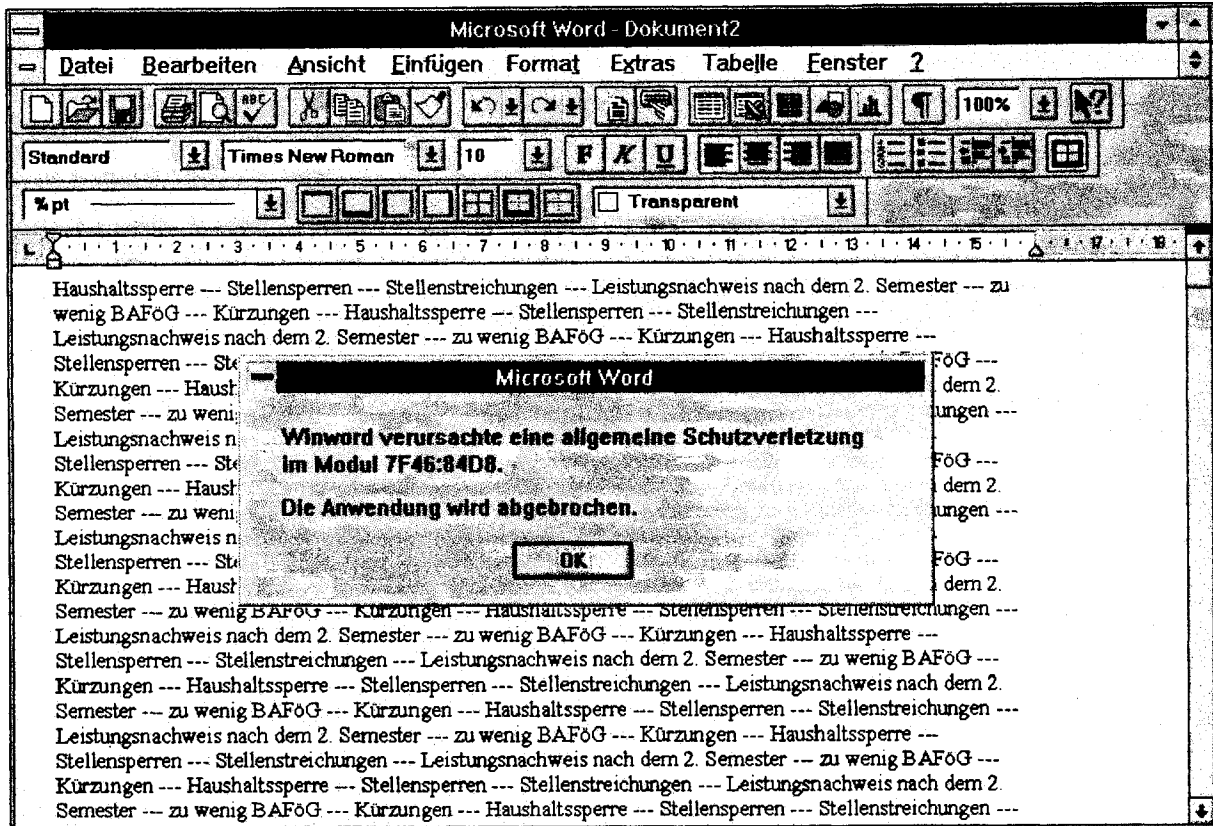
13. Juni
Demonstration
Streik
Aktionstag
Rettet die hessischen Hochschulen
vor dieser Bildungspolitik

Zu Demonstration und Aktionstag rufen auf: Der ASIA THD, der ASIA der FHD

Infotelefon: 16-2117

V.i.S.d.P.: ASIA der TH Darmstadt, Hochschulreferat

WinWord[®] streikt!



und wann streikst Du?

1 Demonstration
2 Streik
3 Aktionstag
Rettet die hessischen Hochschulen
vor dieser Bildungspolitik

Zu Demonstration und Aktionstag rufen auf: Der AstA THD, der AstA der FHD

Infotelefon: 16-2117

V.i.S.d.P. : AstA der TH Darmstadt, Hochschulreferat

schleichende Abschaffung des Bafögs

Der Bundestag hat eine Bafög-Erhöhung von 4%, verbunden mit einem "Studienstandnachweis" nach dem zweiten Semester für alle, beschlossen. Bekanntlich müßte die Erhöhung circa 11% betragen, wenn sie auch nur die Inflationsrate und die Einkommensentwicklung der letzten drei Jahren (in denen eben nicht erhöht wurde) ausgleichen sollte. Die Bundesregierung betreibt einen "Ausstieg auf Raten" beim Bafög und läßt die Gefördertenquoten und die Förderungssummen kontinuierlich sinken.²

Für weniger Begüterte wirkt die Kombination aus in Zukunft fehlenden Labor- und Seminarplätzen und unzureichendem Bafög als "sozialer Numerus Clausus". Wir schließen uns dem Darmstädter Architekturprofessor Max Bächer an:

"Die weitestgehende Konsequenz der Demokratie ist die Gleichheit der sozialen Chancen. Ihr primärer Spielraum ist das Bildungswesen. Bildungsfragen sind daher ein untrennbarer Teil der sozialen Frage."³

Drohende Entdemokratisierung der Hochschulen Verlust unserer Mitbestimmungsrechte

Seit 1973 haben die ProfessorInnen in allen Gremien die absolute Mehrheit, die studentische Mitbestimmung funktioniert mal recht, mal schlecht -- je nach Offenheit der Profs und Ansprüchen der Studierenden. An diesem status quo soll jetzt gerüttelt werden. Die Reformerrinnen und Reformer von HRK, Wissenschaftsrat, Hochschulstrukturkommission und Bertelsmann-Stiftung sowie die neue Wissenschaftsministerin Hohmann-Dennhardt schreiben sich zwar nicht die Ordinarienuiversität (mit muffigen Talaren und ganz ohne studentische Mitbestimmung) auf die Fahnen, aber sie wollen den Hochschulen ein neues Leibbild verpassen: das des leistungsfähigen Unternehmens mit modernem Management.

Lange Diskussionen über das Was und Wozu stören dabei nur, denn das Ziel ist ja klar: die Institution Hochschule soll sich unter den -- von außen gesetzten -- Wettbewerbsbedingungen bewähren und möglichst noch Marktanteile dazuerobern. Deshalb soll die Anzahl der Gremien, in denen alle Gruppen vertreten sind, verringert und ein Großteil ihrer Kompetenzen auf Exekutivorgane -- PräsidentInnen und DekanInnen -- verlagert werden. Gleichzeitig sollen für notwendig erachtete "Reformziele" (zum Beispiel Studienzeitverkürzung) über finanzielle Anreize und Sanktionen vorgegeben werden. Zusammen mit dem Globalhaushalt, der eine Umschichtung zwischen Haushaltstiteln ermöglicht, soll dies bewirken, daß PräsidentInnen und DekanInnen sich wie gute Manager benehmen und alles tun, um die Leistung ihres Unternehmens, z.B. Ausstoß von AbsolventInnen innerhalb der Regelstudienzeit, zu steigern.

In einer solchen Hochschule wird studentische Vertretung zur Farce, weil die Beteiligten nur noch die Wahl haben, dem "Druck des Wettbewerbs" nachzugeben oder sich vorwerfen zu lassen; sie würden das Wohlergehen der Institution durch ihre Verweigerungshaltung gefährden.

Verschärften Leistungsdruck

Wurde in den 70er Jahren noch über Inhalte und Ziele von Studienreformen diskutiert, so hat sich spätestens in den letzten drei Jahren eine technokratische Auffassung durchge-

² siehe Hochdruck vom 12.5.95

³ auf einer Demo in Wiesbaden am 28.1.93, nachzulesen in der "Stundenblume" vom 2.2.93

setzt, die darunter lediglich eine straffere Organisation der Studiengänge sowie Disziplinierung der Studierenden durch Kontrolle versteht:

"Es ist (...) geboten, die zeitliche Abfolge der Teilnahme an Lehrveranstaltungen, die mit Leistungsnachweisen verbunden sind, festzulegen. (...)

Der Freiheit des Studiums entspricht eine Verantwortung der Studierenden für Studium und Studienerfolg. Um diese Verantwortung wahrnehmen zu können, sind Leistungsnachweise schon während des Grundstudiums erforderlich. (...)

Leistungsnachweise sind auch ein Mittel, gegenüber Staat und Gesellschaft der Nachweis zu erbringen, daß die erheblichen finanziellen Mittel, die den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden, zweckentsprechend eingesetzt und genutzt worden sind.

Die Studierenden werden ihrer Studienverantwortung gerecht, in dem sie die den Studienplänen entsprechenden Lehrveranstaltungen in der vorgesehenen Reihenfolge wahrnehmen."⁴

Wissenschaftsrat, Bundesregierung und HRK spielen sich die Bälle gegenseitig zu: die Bundesregierung hat diese Forderung der HRK inzwischen übernommen und als Beschluß durch den Bundestag gebracht; durch die Verknüpfung mit der spärlichen Bafög-Erhöhung soll den Landesregierungen die Zustimmung zum "Studienstandnachweis" für alle abgekauft werden.

Im Interesse der Effizienzsteigerung wird den Studierenden ein rigider Studien- und Zeitplan vorgegeben, dessen Einhaltung zur Norm erklärt wird. Es wird also weniger Raum und Möglichkeit für Eigenverantwortung im Studium geben. Wieder Max Bächer:

"Das Bildungsproblem darf nicht unter dem Aspekt von Produktivität, Verwertbarkeit und Wirtschaftlichkeit stehen. Solche Betrachtungen würden das Bildungsprinzip der reinen ökonomischen Notwendigkeit unterordnen. Sie ließe den Menschen als persönliches Wesen völlig außer acht.

Aus einem nur zweckgerichteten Bildungswesen können nur subalterne Köpfe herauspringen, Kümmerformen der geistigen Bildung, technisch kompetente Barbaren. Was man mit ihnen anstellen kann, das hat das Dritte Reich in aller Deutlichkeit gezeigt."⁵

Das Ende des hessischen Bildungsmodells

In Hessen haben vergleichsweise demokratische und offene Hochschulen eine lange Tradition; bundesweiter Bafög-Abbau, landespolitische Kürzungen und "management-orientierte" Strukturreformen läuten das Ende des hessischen Wegs einer liberalen, demokratischen und offenen Hochschule ein.

Helmut Böhme:

"Für mich ist das Ziel und die Aufgaben einer wissenschaftsorientierten Bildung und Ausbildung, daß wir sie für alle anbieten, nicht nur für eine Elite (...)"⁶

Evelies Mayer:

"Die schon in den 50er Jahren, damit früher als in anderen Bundesländern, begonnene Öffnung des Bildungswesens für alle Bevölkerungsschichten, das Eintreten für Chancengleichheit, die Schaffung vielfältiger weiterführender Qualifikationspotentiale als anerkannte und mit Priorität versehene Aufgabe ist gefährdet."⁷

⁴ Entschließung der HRK "Zur Studienstrukturreform - Leistungsnachweise im Grundstudium" vom 7.11.94

⁵ s.o. (Die letzten zwei Sätze wurden übrigens vom damaligen TH-Präsidenten Böhme auf der Podiumsdiskussion zur Studienreform am 10.2.93 im Audimax zitiert)

⁶ Podiumsdiskussion zur Studienreform am 10.2.93

⁷ Rücktrittserklärung der hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst vom 26.3.95